

einladung

Podiumsdiskussion zur Landtagswahl: Gute Gesundheitsversorgung auf'm Land, gute Bildung für alle!

Dorfgemeinschaftshaus, Borneweg 5, 34393 Grebenstein-Udenhausen,
Freitag, 07.09.2018, Beginn 17.30 Uhr

Die Menschen im Landkreis Kassel treiben mit Blick auf ihre Gesundheitsversorgung wichtige Fragen um: Wie lange brauche ich zum nächsten Krankenhaus? Werde ich dort überhaupt behandelt? Gibt es dort genug qualifiziertes Personal? Und: Wie weit ist der Weg zur nächsten Haus- und Fachärztin?

Die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich haben schon jetzt viel zu viel Stress und verdienen viel zu wenig Geld. Sie drängen darauf, dass endlich mehr Personal eingestellt wird und dass ihre wichtige Arbeit auch gut bezahlt wird.

Bildung ist einer der wichtigsten Rohstoffe der Bundesrepublik. Es klafft aber ein große Lücke zwischen diesem Anspruch und den realen Bedingungen in Kita, Schule und co – sowie für die dort Beschäftigten, für die Kinder und ihre Eltern. Wir fordern ein Sofortprogramm Bildung: Investitionen in qualifiziertes Personal, Infrastruktur und Material. Wir sagen: das Steuerplus für höhere Bildungsausgaben nutzen!

Auch weitere inhaltliche Forderungen des DGB Hessen-Thüringen zur Landtagswahl wie bezahlbarer Wohnraum und Mobilität für Menschen jeden Alters bewegen uns.

Die nächste Landesregierung hat es in der Hand. Sie kann viel tun für die Menschen im Landkreis Kassel. **Was genau? Das diskutieren wir am 07. September.**

Wir haben dafür Kandidatinnen und Kandidaten eingeladen, die am 28. Oktober in den hessischen Landtag gewählt werden möchten. Dazu laden wir Euch und Sie als Wählerinnen und Wähler aus dem ganzen Landkreis Kassel herzlich ein.

Jenny Huschke



Vorsitzende DGB Kreisverband Kassel

Der DGB Hessen-Thüringen hat in einer **Broschüre** seine **Anforderungen an die Parteien** zur Landtagswahl zusammengefasst, die sich in Hessen zur Wahl stellen. Die Broschüre findet man auf:

<http://hessen-thueringen.dgb.de>

Der Veranstalter behält sich vor, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.